

ÖH Wien: What's your problem with coloured people?

Irritiert nehmen wir den Vorschlag der ÖH Wien zur Kenntnis, farbtragende Verbindungen von der Universität zu verbannen. Das widerspricht nicht nur der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, sondern wäre auch ein Angriff auf die akademische Kultur. Das einzige, was an Universitäten nämlich keinen Raum erhalten darf, sind unreflektierte Feindbilder.

Als Personen, die die österreichischen Universitäten im globalen Vergleich als Orte offenen Denkens und Redens schätzen, können wir nicht schweigend zustimmen, wenn Anzeichen einer Gefährdung dieses Raumes sichtbar werden. Wir vermissen den Aufschrei innerhalb der „kritischen“ Community und fragen uns: Was bedeutet es für die Zukunft der politischen Parteien und unseres Landes, wenn solche vorurteilsbehaftete Mauern selbstgefällig Ziegel um Ziegel hochgezogen werden und (fast) keine_r öffentlich widerspricht?

Politische Gegner_innenschaft ist klar abzugrenzen von Delegitimierungsstrategien. Dass es den ÖH-Verantwortlichen nicht um eine aufrichtige, offen-akademische Auseinandersetzung zu tun war, zeigt sich bereits daran, dass das geforderte „Couleurverbot“ Gruppen umfassen sollte, die vom rechtsextremen bis zum christlich-sozial-konservativen Lager reichen. Wo die Grenzen der Toleranz in einer demokratischen Gesellschaft liegen, ist eine schwierige Frage – ihre Beantwortung liegt jedenfalls nicht in den Händen einiger weniger.

In Innsbruck wurde 2013 das Treffen des *Dachverbands Deutsche Burschenschaft* von Seiten der Stadt im *Congress* nicht mehr unterstützt. Dies geschah auf Basis eines breiten Konsenses, der auch Mitglieder der katholischen Hochschulverbindungen umfasste. Antifaschistische Arbeit macht nur Sinn, wenn sie vom Bemühen getragen ist, eine solche Basis herzustellen und Differenzierungen vorzunehmen: zwischen den Betroffenen und unterschiedlichen Ausprägungsformen des öffentlichen Raums. Die Universität ist mehr als jeder andere öffentliche Ort gefordert, auch ein Forum für Meinungen zu sein, die „verletzen, schockieren und verstören“, wie es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ausdrückt. Das trifft auch zu, wenn Meinungen über die äußere Erscheinung ausgedrückt werden.

Gerade in „linken“ Kreisen wird zu Recht viel Wert auf die Sensibilisierung für prekäre Identitätskonstruktionen gelegt und darauf, dass der Mensch als Person im Zentrum der Beurteilung – auch der moralischen – stehen muss, und nicht die Gruppe, der er, wenn auch freiwillig, angehört. Umso bedenklicher ist es, dass im gegenwärtigen Diskurs um „Burschenschafter“ an der Uni Wien diese Einsicht nicht zum Tragen kommt. Wie oft haben denn die Initiator_innen des „Couleurverbots“ ernsthaft mit einem der „Burschis“ gesprochen (oder: das Gespräch gesucht)?

Wenn an dieser Stelle reflexartig vorgebracht wird, dass diese Menschen keine Diskussion und keinen Raum verdienen, kommen wir dem Kern der Problematik näher: Die Grenzen der Toleranz im Fall der Initiator_innen decken sich offenbar ziemlich exakt mit den Grenzen ihrer privaten Weltanschauung: „Nationalismus“, „Antisemitismus“, „Rassismus“, „Sexismus“, „Homophobie“. Diese Begriffe und ihre Gegenteile verstehen sich aber nicht von selbst. Sie bedürfen der stetigen diskursiven Verhandlung. Kein Ort ist dazu berufener als die Universität!

Dr. Marie-Luisa Frick, Dr. Andreas Müller, Dr. Caroline Voithofer (alle Universität Innsbruck) und Mag. Raphael Lepuschitz (Grüne Innsbruck)